



Antrag Nr. 1

der Fraktion „Freiheitliche Arbeitnehmer“
an die 183. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 27. Mai 2025

Maßnahmen gegen Scheinselbständigkeit und Umgehung des Kollektivvertrags

Die 183. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien beschließt, sich mit aller Kraft gegen Scheinselbständigkeit der freien Dienstnehmer zu stellen und Schutzmaßnahmen zu erarbeiten.

Begründung:

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass immer mehr Unternehmen die rechtlichen Grauzonen des Arbeitsrechts ausnutzen, um Arbeitnehmerrechte zu umgehen. Unter dem Deckmantel des freien Dienstverhältnisses werden Beschäftigte in eine Scheinselbständigkeit gedrängt, wodurch sie folgende grundlegende Rechte verlieren;

- Anspruch auf Mindestlöhne
- bezahlte Freistellung bei Krankheit
- Urlaubsanspruch
- Kündigungsschutz

Diese Praxis führt nicht nur zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, sondern auch zu einem unfairen Wettbewerb zwischen Unternehmen, die sich an die gesetzlichen Vorgaben halten, und solchen, die diese umgehen.

Deshalb sind folgende Maßnahmen unbedingt erforderlich:

1. Die klare Definition von Scheinselbständigkeit durch Einführung einer rechtlich verbindlichen Definition, um Missbrauch zu verhindern
2. Stärkere Kontrollen durch Ausbau der Kontrollmechanismen der Arbeitsinspektorate und Sozialversicherungsträger
3. Sanktionen durch die Einführung strengerer Strafen für Unternehmen, die nachweislich Scheinselbständigkeit betreiben oder fördern



4. Der Rechtsanspruch auf einen Kollektivvertrag durch die Sicherstellung, dass alle Arbeitnehmer, unabhängig von ihrem Vertragsstatus, unter den Schutz eines Kollektivvertrags fallen

5. Aufklärungskampagnen und Sensibilisierung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern über die rechtlichen Konsequenzen

Mit diesen Maßnahmen soll sichergestellt werden, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich fair behandelt werden und ihre grundlegenden Rechte gewahrt bleiben. Gleichzeitig wird ein Beitrag zu einem fairen Wettbewerb der Unternehmer geleistet.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich